

Vision einer anderen Sozialdemokratie

Eine Antwort auf das Impulspapier von Sigmar Gabriel

Im Juli 2015 stellte der Parteivorsitzende der SPD Sigmar Gabriel ein Impulspapier "Starke Ideen für Deutschland 2025" zur inner- und außerparteilichen Diskussion vor, um die politische Grundausrichtung der Sozialdemokratie in den nächsten 10 Jahren festzulegen. Dabei wurden die beiden Fragen "Wovon und wie wollen wir in 10 Jahren leben?" und "Wie sichern wir auch in Zukunft Wohlstand, Sicherheit und Zusammenhalt?" thematisch in das Zentrum seiner Überlegungen gestellt.¹ Wir kamen dem Wunsch unseres Parteivorsitzenden nach und **nehmen Stellung wie folgt**: Selbstverständlich ist uns bewusst, dass ein Impulspapier kein Grundsatzprogramm ist, *dennoch wollen wir einleitend auf unsere sozialdemokratischen Werte verweisen und grundsätzlich das Ziel sozialdemokratischer Politik problematisieren*, bevor wir zu den einzelnen Themenfeldern, Stellung *nehmen*. Die Werte der Sozialdemokratie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, sind *Grundlage für das sozialdemokratische Selbstverständnis und als solche gemeinschaftbildend und Orientierung für ihr politisches Handeln*.

Da es uns in diesem Rahmen nicht möglich ist, was aber anscheinend notwendig wäre, wie einst Willi Eichler 1962, die sozialdemokratischen "Ziele und Aufgaben so herauszuarbeiten, wie sie sich aus der hundertjährigen Arbeit der sozialistischen Bewegung entwickelt haben;"² so wollen wir doch auf ein einige grundlegende Schwierigkeiten des *Impulspapiers* hinweisen und mögliche Alternativen aufzeigen, die unseren Vorstellungen von sozialdemokratischer Politik, einer sozialdemokratischen Gesellschaftsvorstellung und von sozialdemokratischer Gesellschaftsanalyse *und sozialdemokratischen Ideen einer zukünftigen Gesellschaft* eher entsprechen.

Es ist u.a. der Verdienst des Godesberger Programms von 1959 die Diskreditierung und Entgegenstellung der Grundwerte der französischen Revolution untereinander, die sich aus der Situation der sozialistischen Bewegung in der Kaiserzeit, der Weimarer Republik, dem Nationalsozialismus und den Erfahrungen mit dem Stalinismus ergaben, innerhalb der Sozialdemokratie zu überwinden. Schlussfolgernd mussten Freiheit, Gerechtigkeit und

¹Starke Ideen für Deutschland 2025. Impulse für die sozialdemokratische Politik im kommenden Jahrzehnt, S.2.

²Eichler, Willi: Grundwerte und Grundforderungen im Godesberger Grundsatzprogramm der SPD. Beitrag zu einem Kommentar. Bonn-Bad Godesberg, 1962.

Solidarität als Grundwerte an den Anfang gestellt werden.³ Das Impulspapier versucht sie erst reichlich spät in Kapitel 8 zu definieren.⁴ *Den*, auch zu Recht, angesprochenen Mut zur Neupositionierung,⁵ erkennen wir nicht an dieser Stelle. Mutig *wäre*, an den Werten der Sozialdemokratie auch, oder gerade, bei *gravierenden gesellschaftlichen* Veränderungen festzuhalten, wie es Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten schon zu anderen, weit schwierigeren Zeiten, gezeigt haben.

Ob Grundsatzprogramm, Thesenpapier oder Flyer, in jeder politischen Situation, kann und muss von ihnen ausgegangen werden.

Im Vorwort zum Impulspapier "Starke Ideen für Deutschland 2025", steht: "Das erfolgreiche Mitgliedervotum war der Beginn eines neuen Selbstverständnisses der SPD".⁶ Dem ist zu widersprechen. Es ging bei der Mitgliederbefragung um die konkrete politische Frage einer Regierungsbeteiligung mit der CDU/CSU, anhand eines Koalitionsvertrages, dem ein Wahlprogramm als Orientierung zugrunde *gegeben hatte*. Unser Selbstverständnis jedoch wird aus den Werten und durch das Ziel und den Weg des demokratischen Sozialismus bestimmt. "Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt."⁷ Die Zustimmung zur Regierungsbeteiligung ist *dabei*, als eine *Aufforderung zur Anwendung dieses Grundverständnisses* anzusehen *in Verantwortung und Pflichtgefühl den Menschen gegenüber*.

Menschenwürde und sozialdemokratische Grundwerte

Im Hamburger Programm von 2007 wird der Definition der Werte: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, eine anthropologische Setzung vorangestellt: "Die gleiche Würde aller

³Ebd. S.11

⁴Vgl. Starke Impulse für Deutschland 2025, S.

⁵Ebd. S. 19.

⁶Ebd., S.2.

⁷Zit. Nach: Meyer, Thomas; Klär, Karl-Heinz (Hg. u.a.): Lexikon des Sozialismus. Köln 1986, S.120.

Menschen ist Ausgangspunkt und Ziel unserer Politik."⁸ *Über dieses* Menschenbild und die Grundwerten, kommt die SPD zum demokratischen Sozialismus als Weg und *visionäres* Ziel sozialdemokratischer Politik.

"Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine dauernde Aufgabe ist."⁹ Wie es schon 1951, in einer Erklärung der Sozialistischen Internationalen so treffend hieß: "Der demokratische Sozialismus bekämpft den Kapitalismus [...], weil er das sittliche Empfinden verletzt. Er verwirft jedes totalitäre System, weil es die Würde des Menschen schändet."¹⁰ Bereits hier drängt sich Kritik an der Fixierung, eine am subjektiven Empfinden orientierte Sicherheitspolitik, einer Zentrierung der Politik auf die sogenannte "arbeitende Mitte" und ihre "Arbeitsgesellschaft" und ein patriotisches Selbstverständnis in dem Impulspapier auf, doch dazu später.

Zu Recht *also* wird im Thesenpapier die Bedeutung der Werte betont.¹¹ "Sie sind gleichwertig und gleichrangig. Vor allem: Sie bedingen, ergänzen, stützen und begrenzen einander."

Im Impulspapier heißt es: "Freiheit nicht nur von Not und Unterdrückung, sondern vor allem auch zu einem guten und selbstgerechten Leben." Zu ergänzen wäre hier, die aus der Freiheit resultierende Verantwortung, niemandes Freiheit einzuschränken.

"Gerechtigkeit und gleiche Chancen für alle. Unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion oder Hautfarbe." Das sich Gerechtigkeit aus der gleichen Würde jedes Menschen ableitet, sollte offensichtlich sein. Gerechtigkeit wird *hier* nur *im Rahmen* eines unzureichenden Leistungsverständnisses definiert. Dem müssen wir widersprechen. Die Einzigartigkeit jedes Menschen führt zu unterschiedlichen Ausgangsbedingungen, daher müssen auch die aus dieser Ungleichheit resultierenden Folgen ausgeglichen werden. Begabung ist kein Verdienst¹² kann aber erheblichen Einfluss auf das Leben der Menschen und ihren Wohlstand haben. Zudem orientiert sich der ökonomische Verdienst

⁸Hamburger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen auf dem Hamburger Bundesparteitag der SPD am 28. Oktober 2007, S.13.

⁹Ebd., S.16-17

¹⁰Zit. Nach Eichler, Willi: Kommentar, S.11.

¹¹Starke Ideen, S.7.

¹²vgl. Rawls, John: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt 1975, S. 32

nur in seltenen Fällen an der Leistung der Person, insbesondere der sozialen Leistung. "Daher erfordert Gerechtigkeit mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht."¹³ Eine *Die Zentrierung des Impulspapiers* sozialdemokratischen Bestrebens auf die sog. "arbeitende Mitte", der "people who work hard and play by the rules", wirkt rein wahltaktisch. So entsteht z. B. der Eindruck, dass insbesondere Kinder der "arbeitenden Mitte" und nicht alle Kinder, Unterstützung benötigen. Das ist ungerecht!

Zementiert man, insbesondere in der Vermögensverteilung eine Bevorzugung einer Gruppe, festigt man die sich immer stärker ausprägende ökonomische und gesellschaftliche Spaltung der Gesellschaft. *Der erwähnte* Bill Clinton war kein Sozialdemokrat und seine Politik nicht sozialdemokratisch.

"Solidarität, also verantwortliches Handeln für das eigene Leben aber auch für das Leben anderer" bildet den Abschluss der Grundwerte. In ihr werden entscheidende Verbindungen der beiden vorherigen sichtbar. Nur durch Solidarität kann und wird eine Gesellschaft zusammengehalten. "Solidarität schafft Macht zur Veränderung, das ist die Erfahrung der Arbeiterbewegung."¹⁴

Der Weg, den es mit aller Macht zu befolgen gilt, ist der demokratische Sozialismus. Er ist Ausdruck "einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, in der unsere Grundwerte verwirklicht sind. [...] der demokratische Sozialismus bleibt für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine dauernde Aufgabe ist."¹⁵ Der demokratische Sozialismus muss auch in Verbindung mit dem zu Recht erwähnten Internationalismus der Sozialdemokratie gebracht werden. Daher ist *auch* der Wunsch nach einem solidarischen Verhalten innerhalb Europas bereits im Heidelberger Programm von 1925 mit der Forderung nach der europäischen Einheit ausgedrückt.

Aus dieser Position heraus ist es abwegig, zu behaupten, wir sollten *keine* - schon gar nicht alleine - "Bilderbuchlösungen" suchen und formulieren.¹⁶ Genau das sollte und muss

¹³Hamburger Programm, S.15

¹⁴Hamburger Programm, S.16.

¹⁵Ebd., S.16-17.

¹⁶Starke Ideen, S.12

ein sozialdemokratischer Anspruch sein. Wer außer der Sozialdemokratie sollte sie sonst anbieten können?

Gesellschaftsanalyse: Zwar kann eine offenere, freiere und gerechtere Gesellschaft als Resultat sozialdemokratischer Politik gesehen werden, als Beweis jedoch Homosexuelle oder Menschen mit Migrationshintergrund in anderen Parteien anzuführen¹⁷ ist merkwürdig, weist doch dieser Zustand nur auf ein Versagen sozialdemokratischer Mitgliederpolitik und Öffentlichkeitsarbeit hin. Es kann nicht und war niemals das Ziel sozialdemokratische Politik sein, eine AfD-Mitgliedschaft zu schaffen, ob Homosexuell und mit Migrationshintergrund oder ohne. *Aufgabe wäre doch eher, mit diesen Menschen zu reden, um sie für die Sozialdemokratie zu gewinnen, als mit sogenannten „besorgten Bürgern“!*

Nachdem wir nun Menschenwürde, die Grundwerte und den demokratischen Sozialismus behandelt haben, möchten wir uns der eigentlichen Kritik am Impulspapier zuwenden, der Analyse unserer Gesellschaft, unserer Zeit und der sozialdemokratischen politischen Praxis.

Kritik am Impulspapier, zuwenden, der Analyse unserer Gesellschaft, unserer Zeit und der sozialdemokratischen politischen Mainstream-Praxis.

Gleich zu Beginn eröffnen sich Verständnisschwierigkeiten. Warum "in Zukunft die Formulierung politischen Gestaltungswillens anspruchsvoller werden"¹⁸ soll, erschließt sich uns nicht, sind doch die Bedürfnisse und Schwierigkeiten der Menschen nahezu unverändert, selbst wenn sich ihre äußere Erscheinungsform im Laufe der Zeit veränderte. Anderen Strukturen stehen auch andere Methoden gegenüber. Die oben genannte Aussage ist falsch. *Seither gibt es eine stetige Anpassung an den neoliberalen Mainstream, die das Mitregieren (daher: Gestaltungswillen)garantieren soll!*

Impulspapier: "Aber in einer komplizierten und komplexen Gesellschaft bieten die sozialdemokratischen Werte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität zugleich Orientierung, die tief in unserer Gesellschaft verankert sind." Zum ersten Mal wird hier auf ein *in unserer Gesellschaft, vor allem an Stammtischen, latent vorhandenes* subjektives Wahrnehmungsmoment *als Welterklärungsmuster* zurückgegriffen, *mit dessen Hilfe*

¹⁷Vgl, starke ideen, s.7

¹⁸Starke ideen, s.7

Aufklärung über die Gesellschaft nicht mehr leistbar und damit als überflüssig erscheint! Eine Methode, die im Weiteren wiederholt Anwendung findet, um pragmatisch erscheinendes Politikverständnis zu rechtfertigen. Sie ist geeignet, jeden kritischen Diskurs abzuwürgen! Sowohl ideologisch, als auch als Propaganda-Mittel sozialdemokratischer Politik ist es falsch, auf fiktive subjektive Ängste zu setzen. Ausgangspunkt unserer Politik, sollten unser Menschenbild, unsere Grundwerte, der demokratische Sozialismus und die gegebenen Fakten sein. Zudem gilt: Gesellschaften sind und waren niemals mehr oder weniger kompliziert oder komplex als zu anderen Zeiten. Unwillen gegenüber auf Fakten basierenden kritischen Diskursen kann nicht Ausgangspunkt einer sozialdemokratischen Gesellschaftsanalyse sein. Lebenslanges Lernen und Neugier sind wesentliche Eckpfeiler unseres Menschenbildes und unserer Gesellschaftsvorstellung. Ist etwas unverständlich, sollte man sich Zeit nehmen und versuchen es zu erklären oder anderweitig zu beantworten. Man sollte versuchen zu helfen, zu überzeugen, man sollte für seine an Fakten und den Grundwerten orientierte persönliche Meinung werben und/oder sich mit ihr in einen kritischen Diskurs begeben. Eine Sprache Haltung der Verdrängung wie z.B.: "Ich als kleiner Mann/ kleine Frau kann dazu ja nichts sagen", muss aktiv im Dialog bekämpft und überwunden werden. Sie schadet der Demokratie. Komplexen Problemen stehen i. d. R. auch Mittel gegenüber, sie zu lösen. Diese zu finden und zu erklären ist Aufgabe der Politik.

Weiterhin lehnen wir die Verwendung von schmierigen und populistischen Sprüchen, wie sie z.B.: auf S.8 und S.9 auftreten, ab. Erfreut stellen wir fest, dass das Thesenpapier sich auf S. 18 ebenfalls gegen eine solche Form der Sprache ausspricht. Eine Verwendung ist der SPD unwürdig. Kryptische und inhaltsleere Satzhülsen wie: "Deutschland hat den Aufbruch in die Moderne vollzogen", sind selbstverständlich mit eingeschlossen.¹⁹

Wertgebunden, menschenfreundlich, gerecht - Eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik

Die SPD und die Wirtschaftspolitik

Werden die Bürger und Bürgerinnen Deutschlands befragt, welcher Partei sie am meisten Kompetenz in Sachen Wirtschaftspolitik zutrauen, so endet dies regelmäßig mit einem ausgesprochen schlechten Abschneiden der SPD. Dies ist eine Feststellung, die scheinbar auch schon seit langen die Hallen und Gänge des Willy-Brand-Hauses mit Angst erfüllt. Denn immer wieder wurde in der jüngeren Vergangenheit der Anspruch gestellt, die-

¹⁹Starke Ideen, s.9.

ses Manko zu überwinden und zu einer Partei mit *dem Profil* wirtschaftspolitischer Kompetenz zu werden. Versuche in diese Richtung waren regelmäßig zum Scheitern verurteilt. Dies lag in erster Linie daran, dass wirtschaftspolitische Kompetenz in einem Akt unglaublicher Ignoranz *verwechselt* wurde mit dem mantraartigen *Rezitieren* neoklassischer Wirtschaftsdogmen und *dem Nachplappern* vermeintlicher Alternativlosigkeiten. Man meint, dass es reichen würde, die Ideologien und Forderungen der „Wirtschaftsparteien“, zu übernehmen und dem sozialdemokratischen Sprachgebrauch anzupassen.

In erster Linie bedeutet das *nun*, dass Arbeitsplätze zu einer Währung werden, die rein quantitativ gehandelt und mit welcher munter alles begründet wird, was eigentlich nur den Partikularinteressen großer Unternehmen dient. Dies führt zu Sozialabbau, Steuersenkungen für Vielverdiener, Aufweichungen des Arbeitnehmerschutzes, zur Entfesselungen der Finanzmärkte *und zu Privatisierungen*.

Was die SPD tatsächlich braucht, ist eine Alternative, ein eigenständiges Verständnis von wirtschaftlichen Abläufen. Eine wertgebundene *soziale* demokratische Wirtschaftspolitik, die den Menschen in den Fokus ihrer Bemühungen stellt und sich in ein sozialdemokratisches Gesellschaftsmodell einfügt. Etwas in diese Richtung hatten wir als Partei einst auch: Wir nannten es nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik. Investitionen statt Austerität, Umverteilung (*von oben nach unten, da „der Markt“ umgekehrt agiert*) statt Kumulation des *Reichtums*, *Förderung der Binnennachfrage* statt Exportfokussierung. Es wird Zeit, dass wir uns erinnern.

Deutschland und die Illusion des Wohlstandes

Wie dringend eine solche alternative Wirtschaftspolitik gebraucht wird, zeigt sich jedem, der sich traut, mit offenen Augen durchs das Land zu gehen. Ja - es gibt eine historisch niedrige Arbeitslosigkeit, ja - Deutschland hat einen ausgeglichenen Haushalt und baut seine Schulden ab und *hat* trotz Krise ein erstaunlich stabiles Wirtschaftswachstum an den Tag gelegt.

Doch was sagt dies tatsächlich aus? Ist die Zahl jener Menschen - vor allem unter Senioren - gesunken, die unter oder am Rande des Existenzminimums leben? Nein! Ist die Zahl jener gesunken, die tagtäglich hart arbeiten ohne von ihrem Lohn leben zu können? Hat Deutschland noch jenes legendäre Sozialsystem (soziale Marktwirtschaft), das *den Anspruch* hatte, niemanden durchs Raster fallen zu lassen? Nein! Haben wir uns wenigstens

Seite 7 von 18

den Anspruch bewahrt? Nein! Auf den Straßen dieser Republik stellen wir eine rasant steigende Anzahl von Obdachlosen fest.²⁰ Immer mehr Menschen fallen auf verschiedensten Wegen durch das Raster unseres Systems. *Wir aber feiern wirtschaftliches Wachstum als Selbstzweck*, ohne zu fragen, was es damit auf sich hat.

Den oberen 1% unserer Gesellschaft halten bis zu 31%, den oberen 10 % halten bis zu 71% aller Vermögenswerte -Tendenz steigend; den unteren 25% gehört nichts bzw. haben ein negatives Vermögen.²¹ Das Wachstum unserer Wirtschaft ist fehlerhaft auf zwei Wegen. Zum einen kommt es nicht bei den Menschen an. Höhere Einnahmen und Produktivitätssteigerung werden genutzt, um die Gewinne Einzelner zu maximieren, anstatt gesellschaftlichen Mehrwert zu generieren. Es gibt keine funktionierende Umverteilung. Die öffentliche Hand ist nur gefragt, wenn es darum geht Verluste aufzufangen. Ein solches rein monetäres Wachstum bringt einer Gesellschaft höchstens etwas an den Kapitalmärkten oder bei den Ratingagenturen. Zum anderen basiert Unser Wachstum basiert auf einem wackligen System immer größer werdender Exportraten. Die Binnennachfrage in Deutschland ist für einen Industriestaat dieser Größe viel zu klein. Die Außenhandelsüberschüsse nehmen mittlerweile krankhafte Züge an und werden zur existentiellen Bedrohung *vor allem* unserer *europäischen* Handelspartner. Unsere niedrige Arbeitslosigkeit wurde durch Jobs am unteren Ende der Einkommensskala *und den Abbau von Arbeitnehmersicherheit* erkaufte. In Deutschland wird Arbeitslosigkeit jetzt als individuelles Versagen stigmatisiert und in Strukturen eingreifende Arbeitsmarktpolitik abgelehnt. Dies alles ist auch Ergebnis sozialdemokratischer Politik.

Junge Menschen fragen sie sich heute, ob sie *je* einen Arbeitsplatz kriegen, von dem man leben kann und der ihrer Qualifikation entspricht. Die heutige Generation sozialdemokratischer Führungspolitiker läuft mit *stolzgeschwellter* Brust durch die Gegend und glaubt, Austerität und Schuldenbremse seien ursozialdemokratische *Erfindungen*. Um Generationengerechtigkeit gehe es, *man dürfe nicht auf Kosten kommender Generationen leben*. Das Gegenteil geschieht:

Alles basiert auf einer amerikanischen Studie, die besagt hat, bei einer zu hohen Staatsverschuldung sinkt die Wirtschaftskraft eines Staates. Dies wurde zum Dogma, obwohl die

²⁰ Laut Bundesarbeitsgemeinschaft und Wohnungslosenhilfe (BAGW) stieg die Zahl der Obdachlosen von 2010 auf 2012 um 15% auf ca. 284.000

²¹ http://m.focus.de/finanzen/news/neue-untersuchung-zum-vermoegen-der-reichen-deutsche-superreiche-sind-noch-superreicher-ein-prozent-besitzt-drittel-des-vermoegens_id_4467490.html

Studie längst als Fälschung enttarnt wurde und einige Staaten seit Jahrzehnten das Gegenteil beweisen. Seitdem der Neoliberalismus dazu führte, dass, die Staaten Europas begannen ihre Schulden abzubauen. *Damit* stieg die Verschuldung im Privatbereich fast proportional an. Schulden sind Geldwerte, die jemand anderen gehören. Oder anders gesagt, ohne Schulden gibt es auch keine positiven Geldwerte. Wenn der Staat sich aus diesem System zurückzieht, müssen Privatleute - besonders jene die eh kaum etwas haben - , das Defizit auffangen. Ergo heißt das, *der Staat will/kann/darf* kein Geld mehr ausgeben, der private Sektor kann dies nicht. Investitionsstaus sind die Folge. Diese jedoch sind nichts anderes, als Investitionen, und belasten die künftige Generationen, leisten müssen und die sie belasten werden.

Europa - wie Geld eine große Idee vernichtet

So verheerend wie die Austerität sich im Einzelstaat Deutschland auf Infra- und Sozialstruktur auswirkt, so verheerend ist sie für die europäische Idee.

Denn was ist die Idee „Europa“? Europa, das ist Wohlstand. Europa, das sind die universellen Menschenrechte. Europa heißt Frieden. Doch in erster Linie ist Europa Menschlichkeit und Menschsein. Europa das sind die Leute die dort leben. Sie müssen im Zentrum einer europäischen Einigung stehen, denn Europa ist eine Idee von Menschen um der Menschen willen. Dort wo Menschen sich wiederum zusammentun, entstehen Gesellschaften und Staaten. Also muss Europa eine Gesellschaft und ein Staat sein, der den Menschen dient.

Das derzeitige Europa dient den Märkten und dem Kapital. Das Unwort "marktkonforme Demokratie" steht für dieses Problem. Doch die Austerität ist dessen höchste Ausformung. *Unter Druck geraten* jene, die die Frage stellen, warum für Staaten Regeln der Betriebswirtschaft oder der privaten Haushaltsführung gelten sollen (*schwäbische Hausfrau!*).

Wenn der demokratische Rechtsstaat Ausfluss einer menschlichen Gesellschaft ist und somit von vielen Millionen zusammenlebenden Menschen. Wie kann dann dieser Staat insolvent werden? Und selbst wenn er dies werden würde, was würde das an seiner Existenz ändern? Solange es die Menschen gibt, gibt es den Staat und somit ist es egal wie sehr dieser Staat auch verschuldet ist, denn der Staat setzt die Regeln.

Ein Staat der den Menschen dient kann also ohne Probleme verschuldet sein. Er kann auch einfach beschließen (fraglich ist, ob er das sollte...), er sei nicht mehr verschuldet. Notwendig hierfür ist lediglich, dass durchzusetzen, was eigentlich selbstverständlich ist: Das Primat der Politik. Sozialdemokratische Gesellschaftspolitik muss das Ziel haben, das Wirtschaftssystem muss demokratiekonform sein und die Märkte müssen beschränkt, kontrolliert und beherrscht werden.

Es muss umverteilt werden. Wir brauchen europäische Steuern und gemeinsame Standards in der sozialen Absicherung. Um einheitliche Lebensverhältnisse zu schaffen, und die Aushandelsdefizite der einen sowie die -überschüsse der anderen auszugleichen, brauchen wir eine Art europäischen Finanzausgleich. Wir brauchen eine europäische aktive Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitslosigkeit nicht als individuelles Versagen versteht, sondern als strukturelles Phänomen.

Wenn es Europa gelingt, dies zu erreichen - also zum einen das Primat der Politik wieder vom Kopf auf die Füße zustellen, wiederherzustellen, zum anderen die Währungsunion durch Umverteilungsmaßnahmen zu flankieren, dann werden lassen sich die wirtschaftlichen Probleme lösen leichter oder überhaupt erst lösen lassen. Dann wird es einfacher z. B. in qualitatives Wachstum zu investieren, Infrastruktur und Arbeitsplätze zu schaffen.

Das Gespenst - Demographischer Wandel: weder Gefahr noch Gesetz

In dem vom Parteivorsitzenden vorgelegten Papier wird der demographische Wandel zu Recht als eine Entwicklung von enorm gesellschaftlicher Bedeutung dargestellt. Allerdings *sollte* er weder *als* eine Bedrohung; noch *als* ein Naturgesetz *verstanden* werden.

Die *interessenbedingt* heraufbeschworenen Gefahren für *die* Sozialversicherungen, *und damit* das Phantom steigender Lohnnebenkosten sind nicht unlösbar. *Man* kann sie ohne Sozialabbau lösen. Man muss den demographischen Wandel nämlich mit zwei weiteren typischen Entwicklungen zusammen betrachten. Zum einen der stetigen Produktivitätssteigerung des Einzelnen und zum anderen der Zentralisierung der Wertschöpfung. Konnte vor hundert Jahren ein Bauer zehn Menschen mit Nahrungsmitteln versorgen, so kann er heute ein Vielfaches in derselben Zeit produzieren. Brauchte man früher eine Heerschar von Personen, um eine Fabrik zu betreiben, so braucht man heute nur noch eine Handvoll, die die Maschinen bedient und wartet. Diese Entwicklung basiert auf technologischen Fortschritt und gilt für fast alle Bereiche der Wirtschaft.

Es mag richtig sein, dass in Zukunft immer weniger arbeitende Menschen mehr nicht arbeitende Menschen im Solidarsystem versorgen müssen. Diese einzelnen Menschen produzieren jedoch auch ein Vielfaches mehr. Allerdings *verteilen sich die* Ergebnisse dieser Wertschöpfung *strukturell* auf eine kleine Gruppe Kapitaleigner. Was also nötig ist, *sind politische Gesetze zum Ausgleich dieser „strukturellen“ Ungerechtigkeit.*

Als Beispiel: Wenn eine Person 100% des BIP erwirtschaftet, ist dies völlig unproblematisch solange man 95 % seines Gewinns umverteilt werden.

Betrachtet man den demographischen Wandel unter der Perspektive, dass *auf Dauer* die Gesamtbevölkerungszahl sinkt, so kann dies auch zur Entstehung von Freiräumen führen. Wir sollten Freiräume in erster Linie als Gestaltungsräume sehen, in denen sich das Individuum *auf neue Weise* verwirklichen kann.

Zuletzt muss gesagt werden, dass der demographische Wandel in Bezug auf die niedrigen Geburtenraten keine gottgegebene Konstante ist, sondern vielmehr Ergebnis eines familien- und kinderfeindlichen Klimas. Dieses speist sich in erster Linie aus wirtschaftlichen und sozialen Druck, Mentalität und einer schlechten Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Wer sich um seine eigene Existenz sorgen muss, wird keine Kinder kriegen. Auch wer sich nicht um seine Existenz sorgen muss, aber nicht in der Lage wäre seine Kinder aus eigener Kraft zu versorgen, wird keine Kinder kriegen. Denn obwohl der Staat eine Vielzahl von unterstützenden Maßnahmen für junge Familien bereitstellt, lautet die Mentalität heutzutage, dass man erst in komplett sicheren Verhältnissen Kinder kriegen dürfe. Alles andere gehöre sich nicht. Kinder müsse man sich leisten können. Hätten frühere Generationen der Menschheit so gedacht, hätte sie nicht bis heute existiert. Zuletzt wird derjenige keine Kinder bekommen, der fürchtet keine Zeit zu haben durch mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf: *die alleinerziehende Mutter im Schichtdienst oder die Familie, in der beide Elternteile berufstätig sein müssen* oder Karriere machen wollen. Alle sind durch mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf betroffen.

Auch diese Probleme *ließen sich weitgehend lösen, und sollten prioritär Aufgabe sozialdemokratischer Sozial-, Familien- und Wirtschaftspolitik sein.*

Das Zauberwort heißt Umverteilung!

Zusammengefasst: wir brauchen u. a.

- eine nachfrageorientierte, antizyklische Wirtschaftspolitik, basierend auf öffentlichen Investitionen und Strukturprogrammen;
- die Wiederherstellung eines lückenlosen sozialen Absicherungssystems;
- Investitionen in Infrastruktur;
- eine aktive Arbeitsmarktpolitik in ganz Europa;
- europäische Finanzausgleichssysteme;
- *die* Unterstützung junger Familien und den Ausbau einer Versorgungsinfrastruktur, die dem demographischen Wandel gerecht wird.

Dies alles kostet Geld. Doch dieses Geld ist da. Umverteilung ist der Schlüssel. Mit ihr sichert man ausreichende Einnahmen für den Staat und verringert die Spaltung der Gesellschaft. Was die Sozialdemokratie wirtschaftspolitisch fordern sollte, sind Sozialversicherungssysteme in die alle einzahlen müssen, um das Solidarsystem zu stärken. Die Umverteilung mittels Steuern *ist* nicht an ihre Grenzen gekommen: Wir brauchen z.B. eine Vermögensteuer, eine Finanzmarkttransaktionssteuer auf europäischer Ebene, einen höheren Spitzensteuersatz auf Einkommen und die Besteuerung von Kapitalerträgen als reguläre Einkommen.

Setzen wir dies um, legen wir Grundsteine für eine gerechtere Gesellschaft, in der jeder Mensch sozial abgesichert ist.

Sozialdemokratische Sicherheit

Das Impulspapier des Parteivorstandes entwirft das Bild einer Welt voller „Unsicherheiten“. Zwei Aufzählungen benennen Felder aus der Außen- und der Innenpolitik. Die Aufzählung der „Gefahren von Außen“ erfolgt als erstes und erweckt den Eindruck, Deutschland *ginge es gut, wäre man* nicht von einer komplexen Welt bedroht

Innenpolitik: Der Vorschlag des Impulspapiers ist es, die SPD möge in Zukunft härter gegen Alltagskriminalität vorgehen und das Heimatgefühl stärken. *Das ist populistisch und nimmt die Sorgen der Menschen nicht ernst.* Die gefühlte Unsicherheit soll durch eine gefühlte Sicherheit ersetzt werden. *Unsere Aufgabe sollte sein, Angst und Hysterie reale Fakten entgegen zu setzen.*

Gerechtigkeit und Sicherheit

Zentral für den Sicherheitsbegriff des Impulspapieres ist die These, eine gerechte Welt sei eine Welt, in der man sicher und frei leben könne. An dieser Stelle setzt unser Widerspruch an: *die These bleibt ein unerrichtbarer Wunsch, wenn nicht mitgedacht wird*, dass man nur in einer gerechten Welt sicher und frei leben kann. Ein sozialdemokratischer Sicherheitsbegriff muss von der Gerechtigkeit ausgehen, nicht anders herum. *Und: Gerechtigkeit aber ist ein realer Zustand und kein Gefühl.*

Die gefühlte *und die reale* Unsicherheit wird *erst* verschwinden, wenn Gerechtigkeit *landes- und weltweit* hergestellt ist wird. Deswegen müssen wir Verteilungs- und Chancengleichheit in der unserer Gesellschaft und global verbessern. *Wir werden nicht länger auf Kosten anderer „unseren“ Wohlstand mehren oder auch nur erhalten können.* Wir müssen für alle ein menschenwürdiges Leben *erstreben*.

Freiheit und Sicherheit

Freiheit ist für die SPD Freiheit zu selbstbestimmtem Leben.

Dazu gehört die Bekämpfung jeglicher Diskriminierung, *wie die* aufgrund von Geschlecht, Alter, Herkunft, *Hautfarbe, Religion, sexueller Identität, sowie körperlicher oder geistiger* Behinderung. o Das heißt auch, dass gerade *für* eine Partei, die in ihrer Geschichte Opfer staatlicher Verfolgung war: Alle staatlichen *Institutionen*, die die *politische und persönliche* Freiheit von Menschen einschränken können, müssen demokratisch und transparent überwacht werden.

Benötigen wir *im Kampf gegen Kriminalität* mehr Überwachung oder härtere Strafen? Müssen „Strafbarkeitslücken“ notwendigerweise geschlossen werden? In der Kriminologie, der Psychologie und der Soziologie ist man sich weitestgehend einig, dass Abschreckung durch Strafrecht keine Straftaten verhindert. Wir müssen *andere* Schwerpunkte setzen. Der Staat sollte seine Ressourcen besser bündeln, um z.B. Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit zu bekämpfen. Noch brauchen wir *aber auch* mehr und besser ausgebildete Polizistinnen und Polizisten in der Fläche. *Der demokratische Rechtsstaat*

darf nicht wehrlos erscheinen wo es z. B. gilt, Bürger vor der Ausbreitung durch Neonazis „national befreiter Zonen“ zu schützen.

Nach dem feigen Attentat auf unsere Genossinnen und Genossen auf Utoya sagte der damalige norwegische sozialdemokratische Premierminister Jens Stoltenberg: „Unsere Antwort auf Gewalt ist noch mehr Demokratie, noch mehr Menschlichkeit“. Wir sollten uns an ihm ein Beispiel nehmen.

Solidarität und Sicherheit

Ursache der gefühlten Unsicherheit sind auch die Lebensumstände der Menschen in unserem Land. Die befristeten Arbeitsverträge, die steigenden Mieten in den Städten und die demografischen Veränderungen im ländlichen Raum. Das Impulspapier fordert, dass die Kommunen „Heimat“ sein sollen, dabei sind es gerade die wirtschaftlichen Umstände, die immer wieder junge Menschen dazu zwingen, ihre Heimat zu verlassen.

Hier Sicherheit zu schaffen, bedeutet Reformen im Privatrecht, im Sozialrecht und im Arbeitsrecht anzustoßen. Wir brauchen einen Kündigungsschutz, der seinen Namen verdient. Wir müssen die Unternehmen zwingen, lieber dauerhaft Menschen Arbeit zu geben, statt sie befristet anzustellen. Die Angst vor dem sozialen Abstieg bekämpft man, indem man den sozialen Abstieg verhindert. Dazu gehört auch, Arbeitslose und Arbeitssuchende als Mensch und Bürger anzuerkennen. Und sie nicht als Bittsteller zu betrachten, die dem Staat nur auf der Tasche liegen. Unsere sozialen Sicherungssysteme dürfen jemandem, der arbeitslos ist, nicht alles nehmen, bevor Hilfe gewährt wird.

In einer solidarischen Gemeinschaft fällt niemand durchs Raster. Es bräuchte niemand die Angst haben gesellschaftlich oder ökonomisch völlig abgehängt zu werden.

Die Probleme der Menschen ernst zu nehmen heißt für uns: Auf eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft hinzuarbeiten. Die SPD muss mit Tatkraft und Elan auf dieses Ziel hinarbeiten. Dann werden wir reale Sicherheit schaffen und falsche Ängste bekämpfen.

Patriotismus und Europa

Die Sozialdemokratie haben hat in mehr als 150 Jahren die Ideen des Internationalismus, der grenzüberschreitenden Solidarität *vertreten und* verteidigt, *mit Ausnahme des Verrats ihrer Führer zu Beginn und während des I. Weltkriegs*. Dabei war die Schaffung eines Konstruktes wie *das der* „Vereinigten Staaten von Europa“ ein Leitbild ihrer internationalen Politik. *Auch* Willy Brandt erkannte, dass die deutsche Sozialdemokratie sich nicht auf Errungenschaften *im nationalen Rahmen* ausruhen darf.

Nun aber spricht das vorliegende Positionspapier vom Parteivorsitzenden der SPD von einem patriotischem Selbstverständnis, als *einer* Identifikation *ausschließlich* mit dem eigenen Land. Noch dazu wird hierbei Willy Brandt *für die Legitimierung dieser Begriffsverengung bemüht!* Obgleich Brandt von deutschem Patriotismus sprach, *so* nicht als identitätsstiftenden Gedanken für eine eigene Nation im Sinne dieses Papiers. Willy Brandt sprach stets davon, dass ein deutscher Patriotismus stets nur europäisch bzw. international sein kann. Mithin bezog er sich nicht auf die Nation „Deutschland“ als identitätsstiftendes Merkmal. Ferner könnte man sogar sagen, dass - würde Brandt noch heute leben - er nach dem modernen Stand der Wissenschaft nicht mehr von deutschem Patriotismus reden würde. Er würde heute wahrscheinlich von einer Art europäischem Selbstverständnis reden, da Brandt im Rahmen des Wunsches der deutschen Einheit verstanden werden muss. Einheit und somit Überwindung von nationalen Strukturen war ohnehin ein Ideal Willy Brandts.

Nichtsdestotrotz war und ist Patriotismus eine giftige brandgefährliches „Bindemittel“ für Teile der „besorgten“ Bevölkerung. Gerade in diesen Zeiten, wo marodierende rechtsextreme Gruppen durch das Land ziehen und im „deutschen Namen“ Asylunterkünfte abbrennen und Flüchtlinge angreifen ist es gefährlich von Patriotismus zu sprechen. Ferner muss sachlich kritisiert werden, dass es *im* Impulspapier an einem „verantwortungsbewussten“ Umgang mit *dem* Patriotismusbegriff fehlt und es den Anschein erweckt, dass es versucht wird Patriotismus mit einem Heimatgefühl gleichzusetzen, d. h., den Heimatbegriff für die SPD zu reklamieren und den internationalistischen Patriotismusbegriff zu entsorgen! Patriotismus ist immer exklusiv und bezieht sich auf ein „Wir-Gefühl“, welches sich auf eine Nation bezieht. Gerade in der Psychologie spricht man daher auch gern davon, dass, „Wer Patriotismus sät, Nationalismus ernten“ wird. Der Gedanke eines inklusiven, wie auch weltoffenen und verantwortungsbewussten Patriotismus ist nicht nur ein Irrglaube, sondern ein Widerspruch an sich. Denn jenes „Wir-Gefühl“, welches nicht auf grenzenlose Solidarität

basiert, basiert auf einem nationalen Verständnis, welches gar nicht anders kann, als andere bzw. „fremde“ auszuschließen und sie aufgrund des „Fremdseins“ zu bewerten oder gar im Falle eines übertriebenen Patriotismus abzuwerten.

Wenn wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vom „verantwortungsvollen“ Umgang mit Patriotismus reden wollen, so sollten wir über mehr Bildung; über mehr Aufklärung und vom Abbau von Gesinnungen, Gedanken oder Verständnissen, welche auf eine Nation beruhen und somit in Grenzen gehalten werden, reden. Ferner sollten wir für ein weltoffenes Verständnis werben. Wir sollten für grenzenlose Solidarität werben. Wir sollten für mehr Europa werben. Dies tun wir aber nicht, indem wir Nationen als identitätsstiftende Strukturen sehen, sondern nur, wenn wir von einem geeinten und solidarischen Europa reden. Nicht umsonst lautet das Motto der Europäischen Union: „In Vielfalt geeint“.

Doch auch die *Idee* eines *sozialen und solidarischen Europas* scheint zurzeit - und auch in diesem Impulspapier - keine Rolle *mehr* in der deutschen *und europäischen* Sozialdemokratie zu spielen. Der SPD, aber auch der Mehrheit der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Europa, fehlt es an eigenen einer sozialen Alternative zur neoliberalen Merkelschen Spardoktrin, welche seit mehreren Jahren vorherrscht. Es fehlt an ernstern Alternativen zur Austeritätspolitik.. Alternativen zu jener Politik, welche z.B. u. a. Griechenland in einen massiven Sozialabbau und zeitgleich in die Erhöhung von Konsumsteuern trieb. Diese Politik, welche massiv konsum- und somit auch wirtschaftsfeindlich ist sowie Arbeitsplatzabbau fördert, gehört nicht in die Verantwortung der Sozialdemokratie. Doch leider stimmten die Sozialdemokratien Europas allen voran der in Deutschland, stets alternativwiderstandslos für jene Politik. im Irrglauben, dass sich betroffene Länder erholen könnten. Eine Politik, welche die Einheit Europas nicht nur erschwert, sondern bereits geschaffene Erfolge nahezu nichtig machen und zerstören. Gleichzeitig müssen wir erkennen, dass das Mittragen einer solchen Politik zu einem Ergebnis dazu führt, dass die Sozialdemokratie im schlimmsten Fall in die Bedeutungslosigkeit schicken könnte. In vielen Ländern verlieren sozialdemokratische Parteien nicht nur ihre Mitglieder, sondern auch ihre Wählerinnen und Wähler. Nationale Wahlergebnisse zeigten, dass viele Menschen sich der Sozialdemokratie abgewandt haben und ihr nicht mehr vertrauen wollen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten brauchen wirtschafts- und konsumfreundliche Investitionsprogramme, sowie soziale Maßnahmen für Europa. Dies gilt nicht nur für eine Alternative zur

Austeritäts-, sondern auch zur Flüchtlings- und Steuerpolitik. Nur so können wir das Vertrauen der Menschen und allen voran auch wieder mehr Wählerinnen und Wähler sowie Mitglieder zurückgewinnen.

Ein weiterer *Punkt*, sozialdemokratisches Element auf der internationalen Ebene, welcher nicht mal mehr annähernd genannt wird, ist die *Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit*. Wir brauchen eine nachhaltige Entwicklungspolitik, welche sich zumindest an die entwicklungspolitischen Abkommen von 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) hält, aber derzeit um 0,3% verfehlt wird. Aber auch die 0,7% reichen nicht aus und sollten bei 1% liegen. Nur eine nachhaltige und ernst gemeinte Entwicklungszusammenarbeit in Verbindung mit dem Abbau von Rüstungsexporten kann *helfen* ein Pfeiler erfolgreicher Politik zur Verhinderung von Fluchtgründen sein. Bereits große Sozialdemokraten wie einst der Ministerpräsident Schwedens Olof Palme, aber auch Willy Brandt, sprachen sich für einen Rüstungsabbau aus und forderten die Umverteilung der dadurch frei werdenden Gelder in die Entwicklungszusammenarbeit zu investieren. Nur durch eine soziale, friedliche und solidarische internationale Politik, welche z.B. den Export von Waffen abbaut und wirklich restriktiv behandelt, sowie gleichzeitig eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit betreibt, kann „neue Sicherheiten zu schaffen“, und es zumindest versuchen „Kriege einzudämmen, Frieden zu ermöglichen, Konflikte zu entspannen und Gesellschaften zu stabilisieren und wirtschaftlich zu entwickeln [...].“

Das vorliegende Impulspapier spricht von der Überwindung von Protektionismus und *übersieht geflissentlich*, dass die EU und Deutschland selber protektionistisch agieren. Es spricht von der Überwindung von Isolationismus und erkennt, dass eben jene Politik, die die Sozialdemokratie betreibt bzw. unterstützt, viele Länder isoliert.

Das Papier schon Recht, wenn es davon spricht, dass eine umfassende sozialdemokratische Politik nur eine sein kann, welche für Frieden und Entspannung, sowie für eine soziale Globalisierung steht, *aber* für jeden wird offensichtlich, dass es nicht hält, was es verspricht!

Innerhalb der deutschen Sozialdemokratie müsste ein Papier mit folgenden Worten enden: „dieses Europa zu gestalten: das ist und bleibt der Anspruch und Pflicht einer jeden europäischen Sozialdemokratie“. Zumindest wäre dies im Sinne Willy Brandts und vieler weiteren jetzigen und vergangenen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gewesen.

Resümee

Das Papier liest sich eher als ein Bewerbungsschreiben für eine weitere Legislaturperiode im Wirtschaftsministerium. Unter der Hand gehen die Versuche der Neudefinierung, sprich Aushöhlung sozialdemokratischer Wertvorstellungen kontinuierlich weiter, um mit dem Regierungshandeln Schritt zu halten. Darum kann das Papier auch keine Impulse für eine zukunftssträchtige Weiterentwicklung der SPD vermitteln und eine ernstgemeinte Diskussionsgrundlagedarstellen. Statt „starker Ideen“ wird starker Toback geliefert. Enttäuschend!

Wir haben versucht, diesen unseren Standpunkt argumentativ zu untermauern.